

KURZ NOTIERT

von Laura Faludi und Christopher Wimmer

Christopher Wimmer studierte Soziologie und Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Laura Faludi studierte Südostasienswissenschaften (mit Schwerpunkt Vietnam) und Friedensforschung/Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Skandal um Fischsterben: landesweite Proteste

Der Skandal um das massive Fischsterben in Zentralvietnam (siehe auch die Ausgabe 2.2016 der *südostasien*) nimmt immer größere Ausmaße an. Was mit einem öffentlichen Aufschrei gegen die Verfehlung der taiwanesischen Firma *Formosa Ha Tinh Steel* begann, wurde schnell zu einer landesweiten Protestbewegung gegen die fahrlässige Umweltpolitik der Regierung und der Korruption ihrer VertreterInnen. Deren langsame Reaktion und die anfängliche Bemühung,

die Verantwortung abzuschieben, erzürnten die Bevölkerung und ergaben eine enorme Social-Media-Kampagne. Folglich gingen Hunderte in der Hauptstadt Hanoi sowie in Ho-Chi-Minh-Stadt auf die Straßen. Obwohl die ersten Demonstrationen relativ friedlich verliefen, wurden in der folgenden Woche mehrere TeilnehmerInnen von Zivilpolizisten belästigt und einige auch festgenommen. Vor einer weiteren geplanten Demonstration wurden Facebook und Instagram erneut

blockiert und die betroffenen Straßen in Ho-Chi-Minh-Stadt von der Polizei gesperrt. Obgleich staatliche Presseorgane die DemonstrantInnen als »bewaffnete Schergen« bezeichneten, die von der Diaspora-Partei *Viet Tan* unterstützt würden, um die Regierung zu stürzen, übernahmen inzwischen die lokalen Behörden die Verantwortung und beschuldigten *Formosa* der absichtlichen Verletzung vietnamesischer Gesetze.

Asia Sentinel 23.5.2016

AP 3.8.2016

Der Vietnam-Besuch Barack Obamas

Bei seiner ersten Reise nach Vietnam im Mai 2016 hat US-Präsident Barack Obama das seit 50 Jahren bestehende Waffenembargo aufgehoben. Auf seinem dreitägigen Besuch wurde auf diplomatischer Ebene darüber hinaus eine sogenannte umfassende Partnerschaft zwischen Vietnam und den USA abgeschlossen, die mehrere Kooperationsfelder umfasst. Darunter sind neben der Vertiefung der politischen Beziehungen auch gemeinsame Bewältigung der Kriegsschäden und eine weitreichende Zusammenarbeit in Wis-

senschaft und Forschung. Dieser Schritt zeigt, dass die Beziehungen der alten Kriegsgegner nie besser waren als heute. Ein Grund dafür ist China. Es ist Chinas wachsender Druck auf das Südchinesische Meer vor Vietnams Küste, den die Regierung in Hanoi als Bedrohung empfindet und der den kommunistischen Einparteiensstaat dazu veranlasst, engere Beziehungen zu Washington zu suchen. Obama erntete dann auch frenetischen Applaus, als er in einer Rede bezogen auf die Streitigkeiten sagte, dass »große Nationen kleinere

nicht schikanieren sollen«. Debatten um innere Freiheiten in Vietnam waren indes keineswegs dominierend. Zwar traf Obama in Hanoi eine Gruppe von vietnamesischen AktivistInnen aus der Zivilgesellschaft, um mit ihnen über bessere Regierungsführung und Menschenrechte zu diskutieren – gleichzeitig wurden allzu kritische Stimmen für dieses Gespräch nicht zugelassen. Dies unterstreicht Hanois schwierigen Umgang mit den Grundrechten.

New York Times 23.5.2016

Guardian 24.5.2016

Gerichtsurteil zu den Streitigkeiten im Südchinesischen Meer

Der Ständige Schiedshof (PCA) in Den Haag hat eindeutig und einstimmig entschieden: China hat keinen Rechtsanspruch auf das Südchinesische Meer und hat die »ausschließliche Wirtschaftszone« der Philippinen verletzt. In dem lang andauernden Streit geht es um Ansprüche auf ein drei Millionen Quadratmeter großes Seegebiet.

Damit könnte der Streitfall als Sieg für die Klägerin, die Philippinen, gewertet werden. Nur Peking hat von Anfang an klar gemacht, das Urteil nicht zu akzeptieren.

Neben den Philippinen begrüßte auch Vietnam das Urteil. Das Außenministerium gab bekannt: »Vietnam unterstützt, dass die Entscheidung der Rechtsstreitigkeiten im Südchinesischen Meer mit friedlichen Mitteln erzielt wird, einschließlich der diplomatischen und rechtlichen Verfahren in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht – unter Verzicht auf Drohung oder Anwendung von Gewalt«. Gleichzeitig wurden die vietnamesischen Ansprüche auf die Paracel- und Spratly-

Inseln erneuert. Nur ergeben sich aus dem Urteil keine neuen rechtlichen Grundlagen für Vietnam und auf den Archipelen schafft China aktuell weiterhin einseitig Fakten: Inseln werden aufgeschüttet, Landebahnen und Häfen gebaut, chinesische Fischerboote von der Marine geschützt – dem PCA-Urteil zum Trotz.

Huffington Post 21.6.2016

Der Standard 12.7.2016